

Mietvertrag Parkhaus «Grosse Schanz» genehmigt

Der Einwohnerrat bewilligte einen Kredit von 160 000 Franken zum Umbau des Parkhauses «Grosse Schanz» und stimmte dem Mietvertrag samt jährlicher Kostenfolge zu.

Ursula Junker

STEIN AM RHEIN Man wolle Massnahmen zur Verschönerung der Stadt ergreifen, ohne die gewerbefreundlichen Parkplätze zu vernichten, stellte Stadtrat Ueli Böhni an den Beginn seiner Ausführungen zur Orientierungsvorlage zu den Parkplätzen am vergangenen Freitag anlässlich der Sitzung des Einwohnerrates Stein am Rhein. Böhni machte klar, dass man die Altstadt erhalten wolle, auch wenn sie beim unteren Obstmäarkt und bei der Schiffflände wegfallen. Als Ersatz dafür soll das Parkhaus «Grossi Schanz» dienen.

Böhni führte weiter aus, dass man Analysen mit verschiedenen Preisen machte, um dessen Wirtschaftlichkeit zu eruieren. Sie ergaben, dass die Stundenansätze erhöht werden müssen.

Weiter sollen beim Schützenhaus künftig 170 Parkplätze zur Verfügung stehen. Das gebe aber dann eine Vorlage.

113 000 Franken Miete pro Jahr

Bereits eingereicht ist ein Prüfungsverfahren für die Carparkplätze beim Forststützpunkt. Den allerdings möchte Markus Vetterli (SP) an einem anderen Standort haben. Peter Spescha (SP) forderte, dass aus der Orientierungsvorlage nun auch Massnahmen folgen, besonders beim Veloverkehr. Beat Leu (GLP) vermisste die Ladestationen für Elektroautos. Sie seien dann Gegenstand bei der Umsetzung, beschied Böhni.

Im engen Zusammenhang mit der Orientierungsvorlage stand die Vorlage zum Mietvertrag und den daraus resultierenden Kosten für das Parkhaus «Grosse Schanz». Die jährlichen Kosten von 113 000



Blick von der Schiffflände aus auf das Gebiet «underen Obstmäarkt»: Ein Teil der Parkplätze soll verschwinden. Bild Thomas Martens

Franken für die Miete und 50 000 Franken für den Unterhalt bewilligte der Einwohnerrat einstimmig. Der Entscheid untersteht dem obligatorischen Referendum, die Kredite müssen noch den Stimmberechtigten vorgelegt werden. In der Kompetenz des Einwohnerrates lag hingegen der Kredit von 160 000 Franken für den Umbau des Parkhauses; auch dieser wurde einstimmig genehmigt.

Lösungen ohne viel Bürokratie

Dann standen auch noch die Antworten auf die Interpellation «Abgelehntes Reglement öffentliche Nutzung» an, die Spescha eingereicht hatte. Stadträtin Irene Gruhler Heinzer betonte in der Beantwortung der Fragen, dass der Stadtrat das alte Reglement einzuhalten gedenke. Der Stadtrat sei sich bewusst, dass die geltende Verordnung nicht überall eingehalten werde. Die Stadtpolizei habe eine Bestandsaufnahme gemacht. Man erarbeite jetzt einen Vorschlag, wie die Vorgaben durchzusetzen oder die aktuellen Zustände zu «legalisieren» seien. Vor allem im Bereich der Gebühren für Warenauslagen sei die Durchsetzung notwendig. Private seien bisher nur von einer Regelung betroffen, nämlich, dass der Stadtrat jegliche Nutzung durch sie bewilligen muss. Gruhler betonte aber auch, dass man eine Lösung ohne allzu viel Bürokratie su-

che. Der Stadtrat könne nicht jeden Blumentopf einzeln bewilligen. Absicht sei, dass niemand Bänke, Tische oder Blumentöpfe wegräumen müsse.

Dann hatte sich Spescha auch nach den Kosten für die Erarbeitung des Reglements erkundigt. Sie beliefen sich auf 44 300 Franken, zuzüglich 6760 Franken an Sitzungsgeldern. Spescha zeigte sich von den Antworten befriedigt.

In der Folge tauchte auch die Frage nach einer Wiederholung der Abstimmung über die revidierte Verordnung auf. Gruhler Heinzer bezeichnete es als nicht opportun, nach einem Jahr das Geschäft nochmals vorzulegen. Boris Altmann (parteilos) führte die Ablehnung der Verordnung auf den Zusammenhang mit der Schiffflände zurück, auch seien Unwahrheiten dazu verbreitet worden. Roman Suter (FDP) merkte an, dass sich sowohl Stadtrat wie Einwohnerrat im Abstimmungskampf zu wenig für die Annahme eingesetzt hätten.

Ebenfalls ohne Gegenstimme verabschiedete der Einwohnerrat seine überarbeitete Geschäftsordnung. In deren Beratung stellte Spescha den Antrag, das Protokoll weiterhin durch den Einwohnerrat genehmigen zu lassen. Dem Antrag wurde entsprochen.

Ebenfalls angenommen wurde das überarbeitete Reglement der Geschäftsprüfungskommission.

WAHLEN/ABSTIMMUNG

Simon Stocker wird neuer Ständerat

KANTON Mit 15 769 Stimmen zieht Simon Stocker (SP) in den Ständerat ein. Der bisherige Ständerat Thomas Minder (parteilos) hat es mit 13 504 Stimmen nicht geschafft, seinen Sitz zu verteidigen. In den hiesigen Gemeinden Stein am Rhein, Ramsen, Hemishofen und Buch hätte Thomas Minder die Wahl gewonnen. Eine ganz klare Mehrheit erhielt der ehemalige Stadtrat Simon Stocker in Schaffhausen. Auch in Neuhausen, wo Thomas Minder wohnt und seine Firma angesiedelt ist, wurde Stocker gewählt. Hier tat sich in aller Deutlichkeit ein Stadtland-Graben auf: In allen anderen Gemeinden im Kanton Schaffhausen hatte Thomas Minder die meisten Stimmen.

Kantonale Vorlagen angenommen

Angenommen wurden alle kantonalen Vorlagen. Der Verpflichtungskredit für den Neubau des Hallenbads KSS (77,5 Prozent Ja) und die Änderung des Steuergesetzes (77,6 Prozent Ja) wurden deutlich angenommen. Anders sah es bei der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes aus, die lediglich 51,8 Prozent Zustimmung fand. (klii)

Stein am Rhein muss tief in die Taschen greifen

KANTON Das Volkswirtschaftsdepartement hat die jüngsten Zahlen zur Finanzlage des Kantons veröffentlicht. In absoluten Zahlen hat Stein am Rhein im Finanzausgleich einen Spitzenplatz inne: 340 000 Franken werden von der Gemeinde in den kantonalen Ausgleichstopf gezahlt. Dahinter folgen Neuhausen mit 300 000 und Thayngen mit gut 220 000 Franken. Pro Kopf heruntergerechnet zeigen die Zahlen nochmals ein anderes Bild: Da gehören die Einwohner von Hemishofen (3. Platz mit 139 Fr./Kopf) und Buch (4. Platz mit 126 Fr./Kopf) zu denjenigen, die am meisten bezahlen. Vor ihnen liegen noch Buchberg (1. Platz mit 204 Fr./Kopf) und Rüdlingen (2. Platz mit 159 Fr./Kopf). (klii)